

Jürgen Natmessnig-Wasner
Heinestraße 42/6
1020 Wien

Parlamentsdirektion
Begutachtungsverfahren
1010 Wien

Übermittelt per e-mail an: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Wien, 15.01.2010

Betreff: Stellungnahme zum Entwurf BMVIT-630.333/0001-III/PT2/2009
Novelle des TKG 2003 zur Umsetzung der Richtlinie über
die Vorratsdatenspeicherung 2006/24/EG

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als besorgter Bürger stehe ich dem vorliegenden Entwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2006/24/EG grundsätzlich ablehnend gegenüber. Abgesehen von **massiven grundrechtlichen Bedenken** möchte ich exemplarisch auf folgende Problematik hinweisen:

Der Gesetzesentwurf geht weit über die Vorgaben der EU hinaus: Die Richtlinie 2006/24/EG konzentriert sich primär auf die **Verhütung und Verfolgung von Terrorismus und organisierter Kriminalität**. Laut österreichischem Entwurf dürfen die verdachtsunabhängig gespeicherten Daten (Vorratsdaten) zur Aufklärung „*schwerer Straftaten*“ herangezogen werden.

Diese „schweren Straftaten“ sind im § 102a nicht näher spezifiziert. Es ist zu befürchten, dass darunter alle strafbaren Handlungen verstanden werden, welche mit einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe bedroht sind.

Deshalb wäre der Terminus „*schwere Straftaten*“ zu streichen und durch einen expliziten Verweis auf § 278c StGB (Strafgesetzbuch) zu ersetzen, in welchem „Terroristische Straftaten“ definiert sind.

Ich möchte Sie hiermit ermutigen,

- dem vorliegenden Gesetzesentwurf Ihre Zustimmung zu verweigern,
- die Umsetzung der EU-Richtlinie 2006/24/EG vorläufig komplett auszusetzen und
- ein Vertragsverletzungsverfahren Österreichs zu riskieren.

Mit der Hoffnung auf Gehör verbleibe ich mit freundlichen Grüßen,

Jürgen Natmessnig-Wasner